

Antwort des Staatsrats

Der Staatsrat ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht in der Lage abzuschätzen, ob das mangelnde politische Interesse der Jugend, insbesondere der Freiburger Jugend eine Gefahr für die Demokratie, vor allem für die direkte Demokratie, wie sie in unserem Staat vorgesehen ist, darstellt, wie das die Verfasser des Postulats zu verstehen geben. Ebenso wäre es auch möglich, aufzuzeigen, dass sich die Jungen bei bestimmten Gelegenheiten mit Enthusiasmus und Überzeugung für verschiedene Anliegen einsetzen, aber das ist nicht Gegenstand dieser Antwort.

Eine Befragung des seit einigen Jahren bestehenden Jugendrates zeigte jedoch, dass es oft schwierig ist, die jungen Leute zu motivieren, sich intensiv und auf Dauer mit dem politischen Geschehen im Allgemeinen auseinanderzusetzen. Diese Erkenntnis ist nicht neu und die Gründe sind weitgehend bekannt.

Aus diesem Grunde und wie die Verfasser des Postulats festhalten, müssen sich die Verantwortlichen des Staates auf allen Ebenen immer wieder mit der Beteiligung insbesondere der jungen Leute an der öffentlichen Sache auseinandersetzen.

Der Staatsrat beantragt daher die Annahme des Postulats. Der Bericht, der innert der gesetzlichen Frist verfasst wird, wird vor allem eine Bilanz der Aktivitäten des Jugendrats und gegebenenfalls ein Inventar der wichtigsten Massnahmen, die zur Erreichung der gewünschten Zielsetzungen ergriffen werden könnten, enthalten. Der Staatsrat wird dafür sorgen, dass der Jugendrat an der Ausarbeitung des Berichts mitwirken wird.

- Die Diskussion und die Abstimmung über die Erheblicherklärung dieses Postulats haben am gleichen Tag stattgefunden.